Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Laden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.20 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.06 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 85. | Dresden, Sonnabend den 13. April 1918. | 29. Jahrg.

Kämpfe vor Bailleul und Bethune.

[W. T. B.] Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde an der Lys machten unsere Angriffe gegen eiligst auf Kraftwagen und mit der Bahn herangeführte englische Divisionen gute Fortschritte.

Von den Höhen von Merfen (Meffines) aus stießen wir über den Steenbach vor und erreichten den Ostrand von Wulvergem. Südlich davon Vorgehen durch Wald vorgedrungene Truppen schwenkten in Gefechten und selbständigem Handeln unter ihrem Regimentskommandeur, Oberstleutnant Pollmann, nach Norden ein, erstürmten die befestigte Höhe von Kemmel und reichten dem nördlich am Walde entlang vorgestoßenen Abteilungen die Hand. Der stark verdrahtete, frontal schwer zu nehmende Wald fiel durch Umfassung.

Zwischen den von Armentières auf Bailleul und Merville führenden Bahnen trugen wir den Angriff bis an die Bahn von Bailleul nach Merris und an den Ostrand des Waldes von Nieppe vor. Südlich von Merville überwanden unsere Truppen den Clarence-Fluß und erreichten nach Erstürmung von Locon den La Bassée-Kanal, nordwestlich von Béthune.

An der Schlachtfront zu beiden Seiten der Somme hielt in vielen Abschnitten lebhafter Artilleriekampf an. Oertliche Vorstöße unserer Infanterie beiderseits des Ancre-Baches brachten 400 Gefangene, Franzosen und Engländer, ein.

Zwischen Maas und Mosel drangen Erkundungsabteilungen in französische und amerikanische Gräben ein und machten Gefangene. In erfolglosen Gegenangriffen erlitt der Feind schwere Verluste.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutsche Seestreitkräfte vor Helsingfors.

Berlin, 13. April. (Amtlich.) Der die Hilfsunternehmungen der Armee in Finnland unterstützende Teil unserer Seestreitkräfte ist am 12. April nachmittags in den Hafen von Helsingfors (Südfinnland) eingelaufen und vor der Stadt zu Anker gegangen. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Das Schicksal der preußischen Wahlrechtsvorlage.

Wie der Berliner Lokal-Anzeiger erfährt, ist man in führenden nationalliberalen Kreisen der begründeten Ueberzeugung, daß das Schicksal der Wahlrechtsvorlage bei der Behandlung im Plenum sich gegenüber den Ergebnissen der Kommissionsberatung **ganz wesentlich anders gestalten** wird und daß es nicht erst des Eingreifens der Regierung bedürfen wird, um der Regierungsvorlage zum Siege zu verhelfen.

Die Nationalliberale Korrespondenz, das offizielle Organ der Nationalliberalen, stimmt ein Klagelied über ihre Parteifreunde an, die hartnäckig bei ihrer Wahlrechtsfeindschaft verblieben sind und mit ihren Stimmen die Regierungsvorlage im Verfassungsausschuß zu Fall gebracht haben. Sie spricht von der Enttäuschung, die in weiten Kreisen ihrer Partei infolge des Verhaltens der betreffenden Abgeordneten hervorgerufen werde, die sich auch den Beschlüssen des Fraktionsvorstandes der Partei nicht fügen wollten. Das Blatt spricht ferner mit Recht von der „Ausschaltung der eigenen Partei, die sich mit drei zu drei Stimmen bei der Beschlußfassung der Kommission selbst aufhebt". Dies werde einen sehr unbefriedigenden und für das Ansehen der Partei nicht gerade förderlichen Eindruck hervorrufen. Die Nationalliberale Korrespondenz erklärt schließlich, die Notwendigkeit, einen allgemeinen preußischen Parteitag zu berufen, um die Stellung der Gesamtpartei in Preußen zur Wahlrechtsfrage endgültig festzulegen, sei in greifbare Nähe gerückt.

Während so die Nationalliberalen von der schlimmsten Verwirrung heimgesucht sind, treten die Konservativen immer dreister und sicherer auf den Plan. Die Kreuzzeitung stellt triumphierend fest: „Danach sieht man zur Zeit nicht, wo eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht herkommen soll." Die Konservativen rechnen damit, daß ihre brutale Politik ebenso über das Volk Preußens wie über den König von Preußen und die Regierung obsiegen wird.

Ueber die Absichten der Regierung, wie sie für den Fall der Ablehnung ihrer Vorlage im Abgeordnetenhaus weiter verfahren will, ist nichts bekannt. In der Presse wird mehrfach angenommen, daß die Regierung dann die Vorlage zunächst an das Herrenhaus leiten werde. Andrerseits tritt die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Auflösung des Dreiklassenhauses immer mehr in greifbare Nähe. Am 23. April tritt die Vollversammlung des Abgeordnetenhauses wieder zusammen. Dann kann die Entscheidung binnen wenigen Tagen fallen.

Die innerpolitische Situation stellt die Arbeiterschaft vor sehr ernste und schwere Aufgaben. Es ist die Ehrenpflicht der Daheimgebliebenen, dafür Sorge zu tragen, daß jene, die jetzt draußen in allerschwersten Kämpfen stehen, wenn sie kommen, als freie gleichberechtigte Staatsbürger nach Hause wiederkehren. Die Männer im Felde haben nicht Zeit und Möglichkeit, selbst für ihr Staatsbürgerrecht zu kämpfen. Darum sind wir daheim ihnen gegenüber doppelt und dreifach verpflichtet, das liberalterie Unrecht zu beseitigen und ihnen ein freieres Vaterland zu schaffen.

So ist es schon jetzt erforderlich, aufs ernsteste an die Vorbereitung der Neuwahlen in Preußen zu denken. Dabei würde es viel weniger auf die Verteilung der Mandate unter die einzelnen Parteien ankommen, als auf ihre Verteilung zwischen Anhängern und Gegnern des gleichen Wahlrechts. Wo Wahlrechts-gegner sitzen, wird es darauf ankommen, sie durch Wahlrechtsanhänger zu ersetzen, deren sonstige Parteistellung ziemlich gleichgültig ist. Die sozialdemokratische Parteiorganisation wird also nicht nur in den wenigen Kreisen, in denen die Sozialdemokratie selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht Aussicht auf Erfolg hat, aufs angespannteste arbeiten müssen, sondern sie wird überall dort in Aktion treten müssen, wo ein Wahlrechtsgegner auch durch einen bürgerlichen Wahlrechtsanhänger ersetzt werden soll. Damit werden an sie sehr starke Anforderungen gestellt. Aber die Arbeit wird sich lohnen, wenn der angestrebte Erfolg erreicht wird. Dabei wird sich auch reichlich Gelegenheit ergeben, für die Verbreitung unserer Grundsätze zu wirken, Licht in die Köpfe zu bringen. Der Kampf war stets unser Element.

Kaiser Karls Brief an seinen Schwager.

Paris, 12. April. (Agence Havas.) Es wird folgende amtliche Erklärung veröffentlicht: In dem Lügengewebe muß Halt gemacht werden. Da Kaiser Karl unter den Augen von Berlin die lügnerischen Ableugnungen des Grafen Czernin auf seine Rechnung nimmt, so liegt nun der französischen Regierung die Verpflichtung ob, den Beweis zu erbringen. Folgendes ist der Wortlaut des handschriftlichen Briefes, der am 31. März 1917 vom Prinzen Sixt von Bourbon, dem Schwager des Kaisers von Oesterreich, Herrn Poincaré, dem Präsidenten der Republik, und mit Zustimmung des Prinzen sofort dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt wurde:

Mein lieber Sixt! Das Ende des dritten Jahres dieses Krieges, der soviel Trauer und Schmerz in die Welt gebracht hat, nähert sich. Die Stämme meines Reiches sind enger als jemals geeint in dem gemeinsamen Willen, die Unversehrtheit der Monarchie auch um den Preis schwerster Opfer zu wahren. Dank ihrer Einigkeit und des großsinnigen Zusammenwirkens aller Nationalitäten meines Reiches hat die Monarchie seit fast drei Jahren den schwersten Stürmen standhalten können, die meine Truppen, besonders auf dem Balkan-Kriegsschauplatze, davongetragen haben. Frankreich seinerseits hat eine Widerstandskraft und einen prächtigen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltslos die stammenswerte traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Opfermut des gesamten französischen Volkes. Ebenso ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obwohl wir augenblicklich mit besonders angenehm, zu sehen, daß, obwohl wir augenblicklich Gegner sind, keine wirklichen Verschiedenheiten der Ansichten noch Ansprüche mein Reich von Frankreich trennen, und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich in Verbindung mit denjenigen, die in der ganzen Monarchie herrschen, ganz und gar auf immer die Rückkehr des Kriegszustandes verhindern werden, für welchen keine Verantwortung auf mir ruht. In Anbetracht dessen und um diesen Empfindungen einen bestimmten Ausdruck zu geben, bitte ich dich, geheim und nicht amtlich Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde.

Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden unter Wahrung seines gesamten afrikanischen Besitzstandes, unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste wird bekommen können. Serbien wird in seiner Unabhängigkeit wiederhergestellt werden. Als Unterpfand unseres guten Willens sind wir geneigt, ihm einen billigen und natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere zu gewährleisten, wie auch weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Oesterreich-Ungarn seinerseits muß als unerläßliche und Grundbedingung verlangen, daß das Königreich Serbien in Zukunft jede Beziehung aufgibt, und jede Gemeinschaft unterdrückt mit einer Gruppe, deren politisches Ziel sich auf die Zerstückelung der Monarchie richtet, besonders mit der Narodna Obrana, die es in loyaler Weise und mit allen Mitteln seiner Macht von jeder politischen Agitation innerhalb und außerhalb der Grenzen Serbiens abhalten wird, und dafür ihm unter Garantie der Mächte der Entente Sicherheit bieten muß. Die Ereignisse, die sich in Rußland zugetragen haben, nötigen mich, mit meinen Gedanken über diesen Gegenstand bis zu dem Tage, wo eine gesetzliche und endgültige Regierung dort wieder eingesetzt sein wird, zurückzuhalten.

Nachdem ich dir also meine Gedanken auseinandergesetzt habe, bitte ich dich deinerseits, nachdem du mit diesen beiden Mächten unterhandelt hast, die Meinung, in erster Linie diejenige Frankreichs und Englands, in dieser Hinsicht mir zu erklären, um das Terrain für eine Verständigung vorzubereiten, auf deren Grundlage amtliche Vorbesprechungen eingeleitet und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt werden können. Indem wir alle hoffen, daß wir auf diese Weise beiderseits den Leiden so vieler Millionen Menschen und so vieler Familien in Traurigkeit und Angst ein Ziel setzen können, bitte ich dich, an meine höchst aufrichtige und brüderliche Zuneigung zu glauben. gez. Karl.

Nachdem Graf Czernin in seiner Note vom 8. d. M. die Existenz dieser Verhandlung, die auf die Initiative einer Persönlichkeit „in einem viel höheren Range als dem seinigen" stattgefunden hat, anerkannt hat, ist nun die österreichische Regierung an der Reihe, sich über den von ihr zugestandenen Versuch und über die Einzelheiten der Verhandlungen ihres Delegierten zu erklären.

Die österreichische Entgegnung.

Wien, 12. April. Amtlich wird verlautbart: Der von dem französischen Ministerratspräsidium in seinem Kommuniqué vom 12. April 1918 veröffentlichte Brief seiner k. u. k. apostolischen Majestät ist verfälscht. Vor allem sei erklärt, daß unter der „dem Range nach weit über dem Minister des Aeußeren stehenden Persönlichkeit", welche, wie in der amtlichen Verlautbarung vom 7. April zugegeben wurde, im Frühjahr 1917 Friedensbemühungen unternommen hat, nicht seine k. u. k. apostolische Majestät, sondern Prinz Sixtus von Bourbon verstanden werden mußte und verstanden wurde, da Prinz Sixtus im Frühjahr 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegführenden Staaten befaßt war.

Zu dem von Herrn Clemenceau veröffentlichten Brieftext erklärt das k. u. k. Ministerium des Aeußern auf allerhöchsten Befehl, daß Seine k. u. k. apostolische Majestät seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahr 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben hat, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt, eine Vermittlung beim Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzuleiten und die ihm gemachten Mitteilungen weiterzugeben sowie Gegenerklärungen zu veranlassen oder entgegenzunehmen. Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthält bezüglich Elsaß-Lothringens folgende Stelle: „Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären. Sie sind es jedoch nicht."

Den im Kommuniqué des französischen Ministerpräsidiums vom 9. April erwähnten zweiten Brief des Kaisers, in dem Seine k. u. k. apostolische Majestät erklärt haben soll, daß er mit seinem Minister einig sei, erwähnt das französische Kommuniqué bezeichnenderweise nicht.

Als Antwort auf das Telegramm Kaiser Karls an Wilhelm II. hat der deutsche Kaiser an Kaiser Karl ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Ich beeile mich, Dir zu sagen, daß es in meinen Augen einer solchen Versicherung Deinerseits gar nicht bedurfte. Denn ich bin keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß Du unsere Sache in gleichem Maße zu der Deinigen gemacht hast, wie wir für die Rechte Deiner Monarchie eintreten; die schweren aber erfolgreichen Kämpfe dieser Jahre haben das für jeden, der sehen will, klar erwiesen. Sie haben das Band nur fester geknüpft. Unsere Feinde, die im ehrlichen Kampf gegen uns nicht vermögen, schrecken vor den unlautersten und niedrigsten Mitteln nicht zurück."

Entwaffnung russischer Schiffe

Reuter meldet unterm 10. April aus Petersburg: Während des gestrigen Tages verließen alle russischen Kriegsschiffe Helsingfors und werden heute abend in Kronstadt erwartet. Die 30 Torpedoboote, 40 Unterseeboote und 50 Transportschiffe, die nach den Nachrichten des Marinestabes in Helsingfors sind, können nicht weggebracht werden und sind entwaffnet worden.

Der Volkskommissar für Handel und Industrie teilte mit, daß die Verluste Rußlands infolge des Friedens von Brest-Litowsk folgende sind: Geländeverluste: 780 000 Geviertkilometer mit einer Einwohnerzahl von 56 Millionen. Das seien 32 v. H. der gesamten Bevölkerung Rußlands. Ferner habe man durch den Friedensschluß eingebüßt: 2150 Kilometer Eisenbahnen (ein Drittel des gesamten russischen Eisenbahnnetzes); 73 v. H. der gesamten Eisenerzeugung, 89 v. H. der gesamten Steinkohlenförderung. Auf dem abgetretenen Gebiete befinden sich 268 Zuckerraffinerien, 980 Tabakfabriken, 1685 Alkoholbrennereien, 244 chemische Fabriken, 615 Papierfabriken, 1073 Werkzeug- und Maschinenfabriken, 1800 Sparkassen usw. — Man kann sich denken, daß Rußland solche Verluste an Wirtschafts- und Volkskraft kaum je verschmerzen wird.

Nach einem Berichte aus Helsingfors wurden die kleinen deutschen Abteilungen, die in Finnland landeten, auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180413/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG